

# Zurück in die Berge?



Die Wirren im Nahen Osten schienen die Pläne der Kurden zu befördern, endlich einen eigenen Staat zu gründen. Nach dem Wiederaufflammen des Kampfes zwischen der PKK und der Türkei scheint jedoch alles wieder offen.

*Was jetzt geschehen muss, damit der Friedensprozess noch Chancen hat.*

VON WALTER POSCH · FOTOS: BIRGIT HAUBNER

In der westlichen Öffentlichkeit werden die Kurden oft als Einheit dargestellt, die als einzige regionale Kraft dem »Islamischen Staat« Widerstand zu leisten imstande ist. Ohne dieses Bild, das auf positive Resonanz trifft, wäre die Entscheidung Deutschlands und anderer europäischer und Nato-Staaten wohl kaum möglich gewesen, »die Kurden« – genauer: irakische Peschmerga-Milizen – mit modernen Waffen auszurüsten.

Kurdische politische Akteure wurden durch diese Entscheidung stark aufgewertet. Dies und der voranschreitende Staatszerfall im Nahen Osten haben dazu geführt, dass sich die »Kurdenfrage« mit neuer Dringlichkeit stellt. Ungeachtet der jüngsten politischen Entwicklungen, etwa in der Türkei, aber auch der innerkurdischen Rivalitäten, die nicht zuletzt zeigten, dass die vermeintliche Einheit der Kurden eine Chimäre ist.

## Kurdenfrage und Kurdenpolitik

Zunächst ist festzuhalten, dass bis heute große Auffassungsunterschiede in der Formulierung der »Kurdenfrage« bestehen. Kurdische Nationalisten gehen davon aus, dass nur ein einheitlicher Nationalstaat Sicherheit und Prosperität bringen kann. So verstanden, will die »Kurdenfrage« das Wann, Wie und Wo eines künftigen kurdischen Staats beantwortet wissen. Westliche Regierungen dagegen betonen die Unverletzlichkeit der Grenzen in der Region. Sie sehen eine Befriedigung kurdischer Aspirationen im Rahmen der Stärkung der Menschen- und Minderheitenrechte gewährleistet. Die amerikanische Unterstützung für die kurdische Autonomieregion im Irak oder die europäische Unterstützung für kurdische Minderheitenrechte in der Türkei sind typische Beispiele für diese den Status quo präferierende Haltung.

Der Widerspruch zwischen den weitreichenden Ambitionen kurdischer Politiker und der Menge an politischem Kapital, die einzusetzen westliche Staaten bereit sind, ist nicht neu. Schon in dem zwischen dem Osmanischen Reich und den Alliierten 1920 geschlossenen Friedensvertrag von Sèvres wurde den Kurden mitnichten ein eigener Staat versprochen, sondern nur vage eine Volksabstimmung in Aussicht gestellt. Und selbst davon war im Friedensvertrag von Lausanne 1923, der den Vertrag von Sèvres ablöste, keine Rede mehr. Die längste Zeit des 20. Jahrhunderts über wurde die Kurdenfrage von der Weltgemeinschaft als innenpolitisches Problem der Nachfolgestaaten des Osmanischen Reichs, insbesondere der Türkei, Syriens und des Irak, sowie Irans betrachtet.

Politische und militärische Unterstützung für die Kurden waren in erster Linie Druckmittel, um größere strategische Ziele zu erreichen. Das gleiche gilt für die Regionalmächte, die kurdische Gruppen in den Nachbarstaaten unterstützten, solange sie ihnen nützten: Iraner und Iraker die kurdischen Minderheiten im jeweils anderen Staat, bis sich Teheran und Bagdad 1975 über den Grenzverlauf einigten, und während der 1980er Jahre im Iran-Irak-Krieg; Syrien die PKK (*Abkürzungen siehe Infokasten*) bis 1999 im großen Stil und vermindert darüber hinaus, um in der Wasserfrage gegenüber Ankara ein Faustpfand zu haben; selbst die Türkei arbeitete mit kurdischen Nationalisten im Irak zusammen, von denen sie im Gegenzug aktive Kooperation gegen die PKK erwartete.

Die wahren Adressaten dieser Art von »Kurdenpolitik« waren also nur selten die Kurden selbst, sondern Staaten oder Regimes in der Region, auf die politischer Druck ausgeübt werden sollte. Diese Instrumentalisierung ist die bis heute größte Hypothek für eine koordinierte Politik kurdischer Organisationen. Denn alle kurdischen Parteien und ihre Milizen haben mit den brutalen Regimes der Region gegen andere Kurden kollaboriert, sprich: kurdisches Blut vergossen. Innerkurdische Versöhnungs- und Demokratisierungsprozesse werden daher schwierig und wurden zumeist nicht einmal versucht. Im Irak kam es Mitte der 1990er

Jahre sogar zum kurdischen Bruderkrieg und zur Spaltung des Selbstverwaltungsgebiets in Einflusszonen der KDP und der PUK; die Bevölkerung nannte sie abfällig »Barzanistan« nach dem Stamm Barzani und »Yekistan« nach Yekiti, dem kurdischen Wort für »Union«. Und in der Türkei herrschte ein jahrzehntelanger Dreifrontenkrieg zwischen der PKK, kurdischen Islamisten und dem türkischen Staat.

Dennoch hat sich auch die kurdische Politik bewegt. Maßgeblich dafür sind zwei Faktoren: die Entstehung einer globalen kurdischen Öffentlichkeit und die Wahrnehmung der kurdischen Leiden in Europa. Die wichtigste Zäsur war dabei die »Operation Anfal« 1988. Damals befahl der irakische Diktator Saddam Hussein, einen Genozid an den irakischen Kurden zu verüben, der das bisher bekannte Maß von Massakern und Deportationen bei weitem übertraf. »Anfal« politisierte alle Kurden, ungeachtet ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit oder ihrer Staatsbürgerschaft. Vor allem wurden die Kurden im europäischen Exil mobilisiert, deren in der Regel konkurrierende Organisationen zu wichtigen Ansprechpartnern für die internationale Öffentlichkeit wurden.

Anfang der 1990er Jahre rückten die Kurden erneut in den Blickpunkt: angesichts der gescheiterten Intifada gegen Saddam Hussein, die nach dem Ende des Kuwait-Kriegs im Süden des Irak ausbrach und auch auf die Kurdengebiete übergriff. Die Tragödie mit mehr als 1,5 Millionen Flüchtlingen, die sich im Fernsehen übertragen vor aller Augen abspielte, resultierte 1991 in der UN-Resolution 688, in der erstmals seit dem Vertrag von Sèvres die Kurden in einem internationalen Dokument erwähnt wurden, wenn auch nur adjektivisch (»Kurdish populated areas«).

Neben »Anfal« und der Flüchtlingstragödie der irakischen Kurden erregten die Morde an den iranisch-kurdischen Politikern Rahim Ghassem-lou 1988 in Wien und Sadegh Sharafkandi 1992 in Berlin durch iranische Agenten Aufsehen. Diese Morde stärkten das Solidaritätsgefühl unter den Kurden. Und schließlich war es der große Aufstand der PKK in der Türkei in den späten 1980er und 1990er Jahren, der in Europa heftig diskutiert wurde und die Politik europäischer Staaten der Türkei gegenüber beeinflusste.

## Lange Zeit sah die internationale Gemeinschaft die Kurdenfrage als innenpolitisches Problem der Nachfolgestaaten des Osmanischen Reiches sowie Irans

### Drei politische Strömungen

Dem in Europa erwachten Interesse an Kurdistan stand in der Region selbst jedoch die Niederlage der kurdischen Widerstandsbewegungen gegenüber. Diese wurden von den Sicherheitsapparaten der säkular und nationalistisch orientierten autoritären Staaten in Schach gehalten. Das gilt selbst für den Irak, wo es mit internationaler Unterstützung immerhin möglich war, ein kurdisches Selbstverwaltungsgebiet zu etablieren.

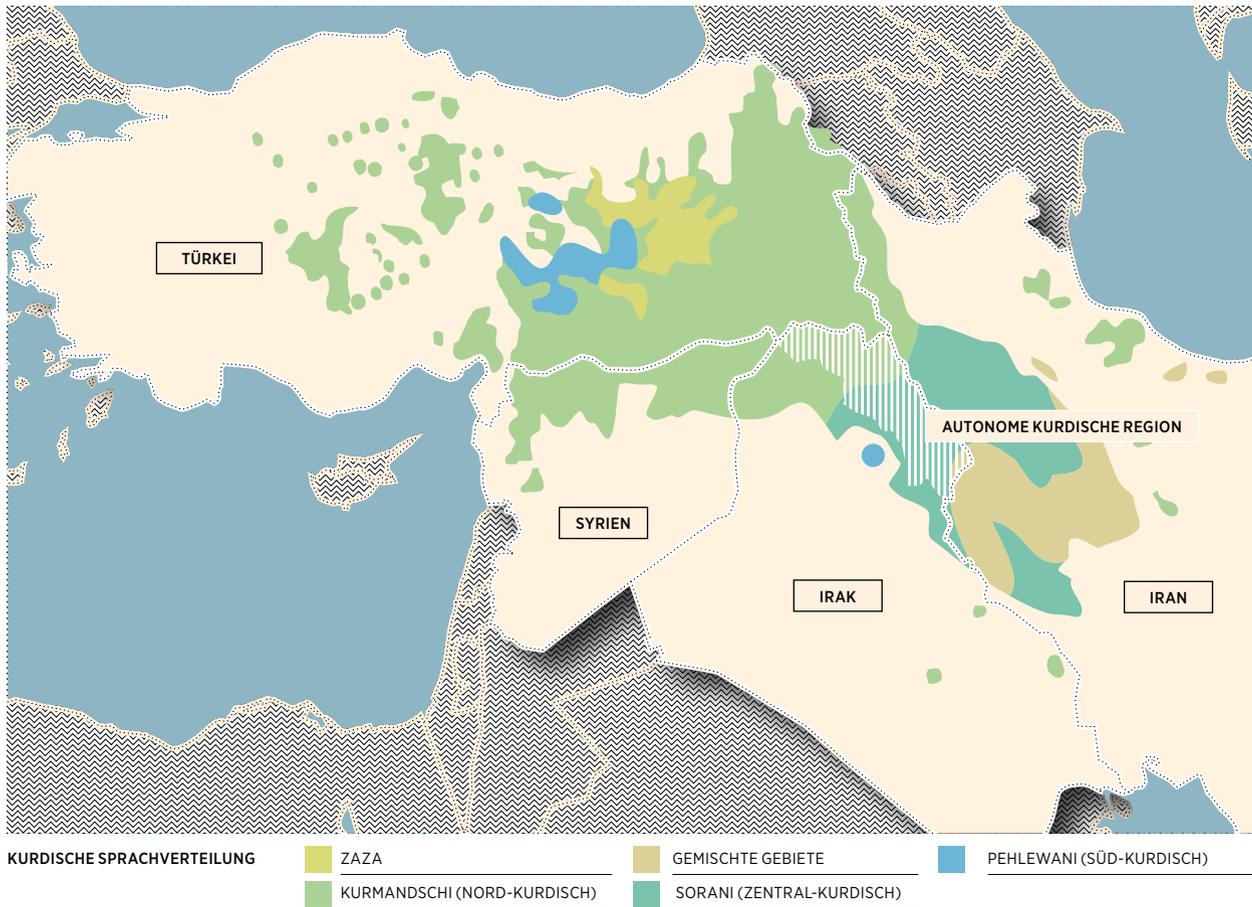
Allerdings war die vollständige Unterdrückung nationaler Aspirationen der Kurden nicht mehr möglich, unter anderem weil die Nationalstaaten in der eigenen Bevölkerung zunehmend an Attraktion verloren. Spätestens 1992 mit dem Aufstand gegen Saddam Hussein (in Iran mit der Revolution von 1979) ist die Epoche säkularer, autoritärer Modernisierer zu Ende gegangen. An ihre Stelle traten Formen des politischen Islams, der wenigstens in der Theorie eine globale Verheißung internationaler muslimischer Solidarität und sozialer Gerechtigkeit bereithält.

Die strategischen Ambitionen kurdischer Akteure hingegen beschränken sich auf die Region Kurdistan. Anders als anderen Befreiungsbewegungen fehlt den Kurden jedoch ein von allen akzeptiertes Nationswerdungskonzept. Vielmehr konkurrieren mehrere Modelle: zuvordest eines zur Staatsbildung und ein revolutionäres.

Das *Staatsbildungsmodell* wird von den in der Regionalregierung Irakis-Kurdistan (KRG) vertretenen Parteien vorangetrieben; es zielt auf eine internationale abgesicherte Entität Kurdistan ab. Kurz- und mittelfristig wird die Autonomie im Irak ausgebaut, langfristig steht jedoch der Wunsch nach einem unabhängigen Staat im Raum. Zum gegenwärtigen

## GRENZEN DER VERSTÄNDIGUNG

### KURDISCHE SIEDLUNGSGEBIETE UND DIALEKTE IN DER TÜRKEI, SYRIEN, DEM IRAK UND IRAN



### DIE KURDISCHE NATION ZWISCHEN FIKTION UND REALITÄT

Wer Kurde ist und wo Kurdistan liegt, ist weniger leicht zu beantworten, als auf den ersten Blick scheint. Der Begriff der Sprachnation ist auf die Kurden nur bedingt anwendbar. So sind die beiden in der Türkei gesprochenen Sprachen Zaza und Kurmandschi zwar verwandt, haben aber eine jeweils eigene sprachgenetische Entwicklung. Eng verwandt sind Kurmandschi und das im Irak und in Iran gesprochene Sorani. Aber auch hier sind die Unterschiede so groß, dass zwei grammatikalisch und phonetisch verschiedene Schriftsprachen entwickelt werden mussten. Schließlich existiert noch eine Serie von kleineren, sehr alten kurdischen Sprachen wie Gorani und Kalhor im irakisch-iranischen Grenzgebiet.

Sprachliche Unterschiede können mit der Idee des nationalen Bekenntnisses relativiert werden: wenn die Sprecher sich als Kurden »fühlen«. Eine Bekenntnisnation hätte auch den Vorteil, alle sprachlich assimilierten Kurden mit einzuschließen, was

vor allem für die türkischen Kurden wichtig ist. Folgt man jedoch der Definition der Kurden als Bekenntnisnation, dann dürfen die iranischen Luren und Bachtijaren, deren Sprache dem Sorani näher steht als das Kurmandschi, nicht zu den Kurden gerechnet werden, weil sie die kurdische Identität für sich ablehnen. Auch ist es schwierig, die kurmandschi-sprachigen Jesiden als Kurden zu zählen, da für viele von ihnen die Kurden in erster Linie sunnitische Muslime sind, von denen sie sich kulturell unterscheiden. Darüber hinaus existieren noch Spannungen zwischen alevitischen, schiitischen und sunnitischen Kurden.

Vor ähnlichen Schwierigkeiten steht man beim Begriff Kurdistan. Der ist historisch zwar verbürgt, war aber nie eine politisch unabhängige Einheit. Vielmehr herrschten kurdische Fürsten mit großer Autonomie in gewissen Gebieten der heutigen Türkei, des Irak und Irans. Kurdische Autonomie beziehungsweise Selbstverwal-

tung hat also historische Wurzeln – ebenso wie ihre Aufhebung: Im Zuge der Modernisierung des Staatsapparates im Osmanischen Reich wurde die Macht dieser Fürstentümer im 19. Jahrhundert drastisch beschnitten. Die dadurch hervorgerufenen Aufstände haben sich tief in das kollektive Bewusstsein der Kurden eingegraben und spielen eine ähnliche Rolle für ihre moderne Identität wie Verfolgung und Diskriminierung im 20. Jahrhundert. Daraus speist sich eine prinzipiell negative Haltung dem Staat gegenüber, wie sie vor allem von der »Arbeiterpartei Kurdistans« PKK mit ihrem Anti-Etatismus und dem System der »Gesellschaftskonföderation Kurdistan« KCK auf die Spitze getrieben wird.

Die großen sprachlichen, geographischen und kulturellen Unterschiede und die Zersplitterung der kurdischen Parteien erleichterten es den mächtigen Nationalstaaten, das Entstehen einer gesamt-kurdischen Bewegung zu verhindern. Walter Posch

gen Zeitpunkt würde ein solches unabhängiges Kurdistan aber eher an die autoritären Modernisierer des 20. Jahrhunderts erinnern – also an gescheiterte Modelle – und nur an der Oberfläche an rechtsstaatliche Demokratien. Wie schlecht es um die demokratischen Verhältnisse in der KRG bestellt ist, beweist das Verhalten seiner Führung: Inspiriert vom Arabischen Frühling kommt es seit 2011 zu Jugendprotesten, die ab Sommer 2015 durch eine veritable Verfassungskrise ergänzt wurden. Präsident Masud Barzani forderte mehr Vollmachten, was von den anderen Parteien PUK und Gorran abgelehnt wurde. In den anschließenden Protesten wurden die Parteibüros der KDP in Suleymaniye niedergebrannt und mehrere Menschen erschossen. Verhältnisse wie diese erklären den in den letzten Jahren anschwellenden Exodus der kurdischen Jugend aus der Region, dessen Ursachen auch in der Perspektivlosigkeit, Rechtsunsicherheit und allgemeiner Miswirtschaft zu suchen sind.

*Das revolutionäre Modell* der PKK wiederum ignoriert den Staat (auch einen möglichen kurdischen) als solchen und strebt stattdessen die basisdemokratische Selbstorganisation der kurdischen Bevölkerung unter ihrer Führung an. In die Realität umgesetzt, würde dieses Modell nichts anderes bedeuten als ein allmächtiges, marxistisch inspiriertes Einparteiensystem in allen Teilen Kurdistans, das andere politische Strömungen nur im Rahmen einer Art Volksfront duldet.

Beide Modelle werden seit den späten 1980er Jahren vom politischen Islam herausgefordert. Dieser findet in Kurdistan erst seit den 1990er Jahren größeren Zulauf und hat bislang kein eigenes Modell vorgestellt, sondern beschränkt sich – mit einer wichtigen Ausnahme unter den türkischen Kurden – auf die Islamisierung der Gesellschaft.

## Kurdische Spannungen

Von einer gemeinsamen politischen Plattform sind die politischen Gruppen weit entfernt. Vielmehr konkurrieren die türkisch-kurdische PKK und die irakisch-kurdische KDP um den Alleinvertretungsanspruch. Das Verhältnis der PKK-Führung zur KRG und zu deren Präsidenten Barzani ist denkbar schlecht. PKK-Anführer Abdullah Öcalan weiß um das hohe Ansehen, das der Barzani-Clan bei konservativen Kurden in der Türkei genießt, während Barzani sich des wachsenden Einflusses der PCDK, des PKK-Ablegers im Nordirak, bewusst ist. Für beide Seiten spielt die Entwicklung des Friedensprozesses in der Türkei eine zentrale Rolle: Irakisch-Kurdistan braucht Ankaras Kooperation und Wohlwollen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen. Für die PKK geht es um die langfristige Zukunft der Organisation.

Die PKK beziehungsweise KCK hat sich von 2003 bis 2015 reorganisiert sowie Parteien und Milizen in anderen Teilen Kurdistans gegründet. Den Vorsitz der KCK/PKK hat nach wie vor der auf der Gefängnisinsel İmralı in der Türkei inhaftierte Abdullah Öcalan inne, die Führung liegt bei der alten Führungsriege im irakischen Kandil-Gebirge, wo sich die wichtigste Infrastruktur der Organisation befindet.

Im Kampf gegen die Expansion des »Islamischen Staats« (IS) kamen vor allem die »Volksverteidigungseinheiten« YPG in Syrien und die militärische Hauptmacht der PKK (in Form von HPG und YJA-STAR) zum Einsatz. In Nordsyrien konnte die Organisation eine eigene Selbstverwaltung aufbauen – Rojava –, deren Gebiet sie erweitern will. Außerdem konnten PKK-Kräfte aus dem Irak und Syrien nach der blamablen Niederlage der irakisch-kurdischen Kräfte im Sommer 2014 neben Kandil und Machmur einen dritten Militärstützpunkt im Sindschar-Gebirge errichten und damit ihr Einflussgebiet erweitern – zu Lasten Barzanis.

2014 eskalierten die Spannungen zwischen dem syrischen PKK-Ableger PYD und der irakischen KRG, weil die PYD die Unabhängigkeit aller anderen Parteien – darunter auch syrisch-kurdische Anhänger Barzanis – einschränkte, woraufhin Barzani die Grenze sperren ließ und Rojava wirtschaftlich isolierte. Erst die dramatischen Ereignisse um Kobanê im Herbst 2014 bewegten beide Seiten zur Zusammenarbeit; und selbst das wäre ohne US-Vermittlung kaum möglich gewesen. Seither treten die Spannungen in den Hintergrund, ohne überwunden worden zu sein.

## DIE WICHTIGSTEN AKTEURE

**AKP** Die »Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung« (Adalet ve Kalkınma Partisi) ist eine türkische Mitte-Rechts-Partei. Sie wurde 2001 unter anderem vom heutigen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan gegründet und ist seit 2002 an der Regierung.

**HDP** Die »Demokratische Partei der Völker« (Halkların Demokratik Partisi) entstand 2012 aus verschiedenen linksgerichteten und prokurdischen Organisationen in der Türkei. Sie tritt für die Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten ein. Bei den Parlamentswahlen am 1. November erhielt sie 10,7 Prozent.

**HPG** Die »Volksverteidigungskräfte« (Hezen Parastina Gel) sind der bewaffnete Arm der PKK. Sie haben mindestens 6.500 aktive Kämpfer, das Hauptquartier liegt in den nordirakischen Qandil-Bergen. Die Fraueneinheiten heißen **YJA-STAR**.

**Hüda-Par** Die »Partei der Freien Sache« (Hür Dava Partisi) wurde 2012 in der Türkei gegründet. Die islamistische Gruppe ging indirekt aus der türkischen Hizbullah hervor, einer vor allem in den 1990er Jahren aktiven Terrorgruppe.

**KCK** Die »Union der Gemeinschaften Kurdistans« (Koma Ci-vakên Kurdistan) ist eine Dachorganisation der PKK und ihr nahestehender Gruppen. Abdullah Öcalan gründete sie.

**KDP (oder PDK)** Die »Demokratische Partei Kurdistans« (Partiya Demokrat a Kurdistanê) wurde 1946 gegründet. Sie ist eine der zwei großen kurdischen Parteien im Nordirak, ihr Vorsitzender Masud Barzani ist zugleich Präsident der KRG.

**KDSP (oder PÇDK)** Die »Partei für eine politische Lösung in Kurdistan« (Partî Çareserî Dimokratî Kurdistan) ist ein 2002 gegründeter Ableger der türkischen PKK im Nordirak.

**KRG** Regionalregierung Kurdistan (Hikûmetî Herêmi Kurdistan) ist der Name der politischen Verwaltung der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak. Sie wurde 1992 nach dem Rückzug der Truppen Saddam Husseins aus der Region etabliert.

**PKK** Die »Arbeiterpartei Kurdistans« (Partiya Karkerên Kurdistan) wurde 1978 unter anderem von Abdullah Öcalan gegründet, dem Anführer des Unabhängigkeitskampfes der Kurden in der Türkei. Bis heute betrachten mehrere Staaten die marxistisch-leninistisch ausgerichtete Organisation als Terrorgruppe.

**PUK** Die »Patriotische Union Kurdistans« (Yekêtiy Nîştimaniy Kurdistan), 1975 gegründet, ist eine der maßgeblichen politischen Kräfte im Nordirak. Ihr Vorsitzender Jalal Talabani war von 2005 bis 2014 irakischer Präsident.

**PYD** Die »Partei der Demokratischen Union« (Partiya Yekitiya Demokrat) entstand 2003. Sie gilt als Schwesterorganisation der PKK in Syrien, wo sie während des Kriegs – gemeinsam mit anderen kurdischen Gruppen – eine Zivilverwaltung errichtete.

**YDGH** Die »Bewegung der Patriotischen Revolutionären Jugend« (Yurtsever Devrimci Gençlik Hareketi) ist die Jugendorganisation der PKK.

**YPG** Die »Volksverteidigungseinheiten« (Yekineyên Parastina Gel), 2004 von der PYD formiert, sind die Streitkräfte des (2013 errichteten) kurdischen Autonomiegebiets in Syrien (Rojava).

Die Umsetzung der Autonomie in Syrien musste die Türkei alarmieren; schließlich hatten PKK-nahe Medien das »Modell Rojava« zum Vorbild für eine mögliche kurdische Autonomie in der Türkei erklärt. Tatsächlich begann eine Untergruppe der PKK, Wehr- und Polizeiverbände aufzustellen, um Personenkontrollen durchzuführen und tatsächliche oder vermeintliche IS-Anhänger anzugreifen. Dabei konzentrieren sie sich vor allem auf Kurden. Denn unbemerkt von der Öffentlichkeit haben sich zahlreiche türkische Kurden aus einigen traditionellen Regionen im Osten der Türkei dem IS angeschlossen. Dabei handelt es sich überwiegend um junge Freiwillige, die der Hürri Dava Partisi (kurz Hüda-Par) nahestehen.

Bereits im Oktober 2014 kam es in Cizre zu schweren Auseinandersetzungen zwischen PKK und Hüda-Par. Dabei traten erstmals Anhänger bewaffneter Gruppen namens Şeyh Said Seriyeleri auf. Obwohl deren ideologische Nähe zur Hüda-Par unbestritten ist, lässt sich eine organisatorische Verbindung nicht nachweisen. Anschuldigungen von Seiten der PKK, es handle sich um einen Klon des türkischen Geheimdienstes und bei der Hüda-Par um ein von der AKP finanziertes Projekt, entsprechen der üblichen PKK-Praxis, alle anderen kurdischen Stimmen als Lakaien des Staates darzustellen. Allerdings lässt sich die starke Interessenskonvergenz zwischen dem türkischen Staat – beziehungsweise Elementen im Sicherheitsapparat – und den kurdischen Islamisten mit Hinblick auf die PKK nicht leugnen.

Ob jene kurdischen IS-Kämpfer, die im Juni 2015 von türkischem Gebiet aus in die syrische Kleinstadt Kobanê vordrangen und dort ein Massaker verübten, zu den Anhängern oder Sympathisanten der Hüda-Par gehören, lässt sich ebenfalls nicht beweisen. Dieser Anschlag und der Folgeanschlag von Suruc im Juli 2015 tragen zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen den türkischen Kurden und der türkischen Regierung auf der einen und Hüda-Par und PKK auf der anderen Seite bei.

## Wahlen und Eskalation

Als Partei versucht Hüda-Par sich als Sprachrohr für eine – von der PKK unabhängige, islamistisch geprägte – kurdische Identität in der Türkei zu gerieren. Vor den Wahlen im Juni 2015 empfahl Hüda-Par sich außerdem als islamistische Alternative zur AKP, die aufgrund der zunehmenden Exzentriz von Präsident Recep Tayyip Erdoğan immer häufiger fromme Muslime irritiert. Bei den Wahlen vom 7. Juni blieb die Hüda-Par jedoch weit unter den Erwartungen. Konservative Kurden wählten diesmal die HDP, die – als eindeutige Siegerin der Wahlen – unter Selahettin Demirtaş mit 13 Prozent den Einzug in das Parlament schaffte.

Sowohl konservative Kurden als auch linksorientierte Wähler im Westen des Landes gaben der Partei ihre Stimme. Grund hierfür war neben der Wahrung kurdischer Interessen vor allem die Glaubwürdigkeit, mit der die Partei bürgerrechtliche und säkulare Interessen vertrat. Und schließlich spielt auch die Tatsache eine Rolle, dass die HDP mehr als alle anderen Parteien die Wiederaufnahme des Friedensprozesses in der Türkei betreibt und an seinem Erfolg interessiert ist.

Demirtaş wurde damit zu einer Herausforderung gleichermaßen für die PKK-Führung wie für Erdoğan. Denn je erfolgreicher die HDP wird, desto weniger Einfluss haben die Guerilla der PKK samt Öcalan und die Führungsriege im Kandil – also die Gründer- und Greisengeneration der Organisation. Diese drohte vor den Wahlen sogar offen mit der Wiederaufnahme der Kämpfe. Dagegen taten HDP-Abgeordnete und Parteiführer Demirtaş alles, um eine Gewalteskalation von Seiten in der Türkei dislozierter PKK-Kräfte zu verhindern. Allen Provokationen zum Trotz verfolgt die HDP die Erfüllung kurdischer Aspirationen im Rahmen der Stärkung von Menschen- und Minderheitenrechten in der Türkei.

Nach der Wahl geriet die HDP jedoch zunehmend unter Druck. So wurden Verfahren gegen Abgeordnete und Aktivisten der Partei angestrebt – der Vorwurf lautete auf Separatismus und Unterstützung von

Terrororganisationen – und kurdische Bürgermeisterinnen ihrer Ämter enthoben. Im August und September 2015 eskalierte dann die Gewalt in den Kurdengebieten. Was als polizeiliche und militärische Operation der inneren Sicherheit begann, wuchs sich im Falle der Stadt Cizre zu einer neuntägigen Belagerung und einer humanitären Katastrophe aus. Auch im Westen gab es Auseinandersetzungen; zunächst zwischen marxistischen Gruppen und Islamisten, dann kam es von Seiten eines islamistisch-nationalistischen Mobs zu Gewaltexzessen gegen Kurden und zur Plünderung der Büros der HDP. Die systematische Vernichtung wichtiger Dokumente der Partei zeigt, dass ein Teil der Täter nicht aus nationalistischem Affekt handelte, sondern planmäßig vorging.

Für den Großteil der Gewalt waren die Anhänger einer bis dato relativ unbekanntem islamistisch-nationalistischen Organisation verantwortlich: der Osmanli Ocaklari. Deren wichtigster Unterschied zu den bekannteren Ülkücü Ocaklari, den berüchtigten »Grauen Wölfen«, ist ihr Kult um Präsident Erdoğan. Sie waren es auch, die das Gebäude der Tageszeitung *Hürriyet* umstellten und stürmten und gegen das mediale Flaggschiff der Kemalisten, die renommierte Tageszeitung *Cumhuriyet*, protestierten. Die Osmanli Ocaklari genießen Erdoğan's Wohlwollen. Gleichzeitig sind sie ein Zeichen dafür, dass die AKP die islamistische, aber den Kurden gegenüber inklusive Politik aufgegeben hat und in der

Kurdenfrage näher an die extremistische »Partei der Nationalistischen Bewegung« MHP herangerückt ist.

Sämtliche Parteien und Milizen haben mit den brutalen Regimes in der Region gegen andere Kurden kollaboriert – sprich: kurdisches Blut vergossen

## Neuwahlen und regionale Folgen

Es wäre allerdings verkürzt, die Eskalation allein Erdoğan zuzuschreiben – die Zeichen zwischen den türkischen Sicherheitskräften und den verschiedenen PKK-Milizen standen schon länger auf Sturm. Allerdings tat er wenig, um die Situation zu beruhigen. Schließlich zerstörte der Anschlag in

Ankara vom Oktober 2015 den letzten Rest von Vertrauen zwischen säkular orientierten Türken und der Regierung. Aus Furcht vor weiteren Anschlägen sagte die HDP alle weiteren Wahlveranstaltungen ab. Daher steht der Verdacht im Raum, dass die Gewalt auch eine politische Botschaft an die Wähler war: Wer HDP wählt, muss mit Instabilität rechnen. Im Großen und Ganzen ging diese Rechnung auf: Bei den Wahlen am 1. November 2015 schaffte die HDP gerade noch den Einzug ins Parlament und sieht sich weiterhin schweren Anschuldigungen ausgesetzt, eine vom Terrorismus gesteuerte Partei zu sein. Geschwächt und demoralisiert wird sie ihre Oppositionsrolle nur ungenügend wahrnehmen können und um einen Wiedereinzug ins Parlament bei den nächsten Wahlen fürchten müssen.

Die HDP als wichtigste am Friedensprozess interessierte politische Kraft zu neutralisieren, ist durchaus im Sinne Erdoğan's. Schließlich ist sie neben der CHP die einzige säkulare Stimme im Land und will die Kurdenfrage im Kontext der fortzuführenden Reformen und Demokratisierungsprozesse in der Türkei lösen; etwas, woran Erdoğan wenig Interesse zeigt, dem es in erster Linie um den Ausbau seiner Präsidialmacht geht. Den Friedensprozess im Rahmen der Stärkung des türkischen Rechtsstaates voranzutreiben, ergibt für Erdoğan's zurzeit wenig Sinn.

Aber auch für die PKK ist ein Friedensprozess, der diesen Namen verdient, problematisch, würde er doch letztlich mit der Aufgabe des bewaffneten Kampfes enden. Für die PKK waren 2013 und 2014 jedoch Jahre des Erfolgs. Und das, obwohl die Führungsgruppe in Kandil die internationalen Verhältnisse falsch einschätzte und mit vier parallel verlaufenden politischen und militärischen Schauplätzen (Irak, Türkei, Syrien und Iran) offensichtlich überfordert ist. So wurden Kobanê und Sindschar zu großen Erfolgen umgedeutet – was sie rein militärisch gesehen nicht waren, denn in keinem Fall wurde der IS besiegt. Und im Frühjahr 2015 ging der iranische PKK-Ableger, die »Partei für ein freies Leben« PJAK, auf Konfrontationskurs zu Teheran, woraufhin die iranische Luft-



Ali wurde beim Angriff des »Islamischen Staats« auf das Sindschar-Gebirge im Sommer 2014 entführt. Anfang 2015 kam er frei. Nun ist der 75-jährige Jeside zurück im Sindschar – und gelobt, seine Heimat mit der Waffe zu verteidigen, falls der IS zurückkehrt.

waffe den Kandil bombardierte. Dies wiederum veranlasste die PKK-Führung, die PJAK dazu zu zwingen, ihre Feindseligkeiten einzustellen.

Diese Episode ist bedeutend, da sie die Grenzen der Handlungsfähigkeit der PKK/KCK zeigt. Deren Führungsriege kann die Herausforderungen der Gegenwart kaum bewältigen. Ähnlich verhält es sich in Syrien, wo die PYD mit dem Erzrivalen der KRG und – wider ihre ideologische Natur – mit den USA zusammenarbeiten muss. Dass es überhaupt noch ein Rojava gibt, verdanken PYD und YPG in erster Linie den USA, die ihren Einsatz gegen den IS anerkennen und ihnen daher internationalen Handlungsspielraum (etwa Reisemöglichkeiten nach Europa) einräumen. Das weitere Verhältnis zwischen USA und YPG/PYD hängt jedoch vom Verhalten des NATO-Partners Türkei ab. Und hier kam Ankara den USA bei der Bekämpfung des IS entgegen. Zu Recht hofft die Türkei nun ihrerseits auf amerikanisches und europäisches Verständnis für die Bedrohung durch Terrorismus (worunter sowohl IS als auch die PKK verstanden werden) und die Belastung durch syrische Flüchtlinge.

Erdogan fordert Schutzzone, deren logische Konsequenz die Auflösung der von der PYD – dem syrischen PKK-Ableger – aufgebauten Selbstverwaltung wäre. Hierbei sind zwei Motive zu unterscheiden. Der türkische Sicherheitsapparat will Rojava als Inspirationsquelle und als Rückzugsraum für PKK-Anhänger zerstören – er handelt also im Sinne der inneren Sicherheit. Erdogans Syrienpolitik ist jedoch auch der Versuch einer neosomanischen Machtpolitik, sie zielt auf den Sturz Assads und die Stärkung islamistischer Gruppen ab. Die Etablierung der Schutzzone beziehungsweise die Ausschaltung des Rojava soll möglichst durch eine konzertierte internationale Aktion oder, falls unilateral türkisch, mit westlicher Duldung erfolgen. Diese Möglichkeit wurde von PYD und YPG freilich bedacht, was die Annäherung an Russland verständlich macht. Sollte es tatsächlich soweit kommen, dass die Russen Rojava stabilisieren, könnten die Iraner die lachenden Dritten sein: Teheran wäre in der Lage, genügend Druck auf Kandil auszuüben, um die iranisch-kurdische Kämpfer abzuziehen und nach Rojava zu schicken.

Nur die Lage in der Türkei scheint der Führung in den Kandil-Bergen derzeit entgegenzukommen: Denn ihre Organisation ist in einem ähnlich repressiven und brutalen Klima groß geworden.

## Westliche Kurdenpolitik

Was bedeutet all dies für den Westen? Eine wirkliche Kurdenpolitik wird es von Seiten westlicher Staaten auf absehbare Zeit nicht geben. Zu kompliziert sind die Entwicklungen, zu groß die Unwägbarkeiten und zu uneinheitlich die Positionen. Vier Punkte sind dennoch von Bedeutung:



Zwei Scharfschützen einer zur PKK gehörigen Einheit nehmen IS-Kämpfer ins Visier, die sich nur wenige Meter entfernt auf der anderen Straßenseite verschanzen. Seite 46: Mitglieder einer jesidischen Peschmerga-Einheit, die im Sindschar gegen den IS kämpft.

1. Es erstaunt, wie wenig Druck von Europa und den USA auf die türkische Regierung und die PKK erzeugt wird, den Friedensprozess wieder aufzunehmen. Dieser Prozess, an dessen Ende die Einstellung aller Gewalt stehen muss, ist noch nicht ganz gescheitert. Dafür wäre es aber vonnöten, zwei Verfehlungen klar anzusprechen: die Brutalitäten der türkischen Sicherheitskräfte gegen die Zivilbevölkerung und das Abenteuerium der Führungsriege der PKK, die noch immer nicht wahrhaben will, dass die Türkei militärisch betrachtet am längeren Hebel sitzt.
2. Was die Kurden in Syrien betrifft, haben die USA den politischen Rahmen gesetzt: YPG und PYD werden trotz demokratiepolitischer Schwächen unterstützt und ihre militärischen Kräfte mit der KRG koordiniert – mit dem Hauptziel der Bekämpfung des IS. Insofern ergibt es Sinn, Rojava zu einer Art zweiten KRG zu entwickeln – ungeachtet der Akzeptanz durch Damaskus oder arabische Nachbarstaaten.
3. Daraus ergibt sich eine Verantwortung gegenüber der KRG im Irak, derer sich europäische Regierungen und die USA bewusst sein müssen. Schließlich waren sie es, die Erbil aufgewertet und bei allen Kurden Hoffnungen auf einen eigenen Staat geweckt haben. Das Mindeste wäre nun, eine ordentliche Sicherheitssektor-, Verwaltungs- und Justizreform in der KRG durchzuführen. Mit anderen Worten, ein langfristiges politisches und militärisches Engagement einzugehen. Dies muss unabhängig von der Frage geschehen, ob die KRG zu einem unabhängigen Staat entwickelt oder als Beispiel für die Stabilisierung des Irak dienen soll.
4. Die Unterstützung der KRG und der YPG im Kampf gegen den IS auf syrischem Boden muss auf irakischer Seite mit einem Engagement im Sindschar-Gebirge abgesichert werden – wie Mitte November geschehen. Nicht nur, weil die Brutalitäten gegen die Jesiden die Weltgemeinschaft zur Verantwortung rufen, sondern auch, weil sich von dort die Verbindung zwischen dem syrischen Raqqa und dem irakischen Mosul unterbrechen lässt: die Achse zwischen den beiden Städten war bis dato die wichtigste Lebensader des IS.

Keiner dieser Punkte ist zum Nulltarif zu erzielen und keiner dient kurdischen nationalistischen Ambitionen. Dennoch zeigen sie die veränderte geostrategische Lage: Waren in den 1960er Jahren kurdische Milizen Erfüllungsgehilfen der Großmachtspolitik, so sind sie heute Partner. Ob man es international nun zugibt oder nicht.

**Dr. Walter Posch** studierte Turkologie und Islamkunde in Wien und Istanbul und promovierte im Fach Iranistik in Bamberg. Er ist Nahostexperte an der Landesverteidigungsakademie des Österreichischen Bundesheeres in Wien.